## A. STAATSRECHTLICHE ENTSCHEIDUNGEN DES CONTESTATIONS DE DROIT PUBLIC

Erster Abschnitt. — Première section.

Bundesversassung. — Constitution fédérale.

## I. Rechtsverweigerung. — Déni de justice.

85. Urtheil vom 10. November 1882 in Sachen Fischlin.

A. M. Fischlin, alt Prafibent in Arth, belangte ben L. Abegg von Steinen, Kantons Schwyz, welcher gegenwärtig in Laux Vives, Rantons Genf, wohnhaft ift, vor bem Bezirksgerichte Schwyz für eine personliche Forberung von 1244 Fr. 50 Cts.; er behauptete, daß der Beklagte fallit sei und fich somit auf Art. 59 ber Bundesverfassung nicht berufen könne. Der Beklagte bestritt indes diese Behauptung und überhaupt die Kompetenz der schwyzerischen Gerichte und es wurde ihm biese Rompetenzeinrede sowohl vom Bezirksgerichte Schwyz als auch in zweiter Instang von der Justigkommission bes Kantons Schwyz zugesprochen; in dem sachbezüglichen Entscheide der Justizkommiffion vom 26. August 1882 wird bemerkt: es sei wohl erwiesen, daß das handelsgericht in Genf am 20. Juli 1875 über den Beklagten das Falliment erkannt habe, dagegen fei nicht genügend bargethan, daß der Fallimenisvollzug wirk. lich stattgefunden habe, ba hiefür keine öffentlichen Alten,

sondern nur Privatmittheilungen eines Geschäftsagenten vorgelegt worden seien; so lange aber ein strikter Beweis für den Fallimentsvollzug mangle, müsse angenommen werden, dieser habe noch nicht stattgefunden und Beklagter stehe noch in seinen bürgerlichen Ehren und Rechten.

B. Gegen diesen Entscheid ergriff M. Fischlin den staatsrechtlichen Refurs an das Bundesgericht; er behauptet, berselbe involvire eine Rechtsverweigerung, da er badurch mit einem gesetlich offenbar begrundeten Gesuche abgewiesen mor= ben fei; die Entscheidung über die Rompetenz der schwyzerischen Gerichte hänge nämlich einzig davon ab, ob ber Beklagte als "aufrechtstebend" im Sinne des Art. 59 Absat 1 ber Bundes= verfassung betrachtet werden konne; dies sei aber unzweifelhaft ju verneinen, benn nach ber feststehenden bunde Brechtlichen Braxis verliere ein Burger die Qualität "aufrechtstehend" nicht erst mit dem Vollzuge und Abschlusse des Fallimentes, fondern sobald er überhaupt gahlungsunfähig werde; übrigens habe Refurrent auch dargethan, daß ber Fallimentsvollzug. stattgefunden habe. Es werde baber beantragt : "Es sei unter "Aufhebung bes refurrirten Beschlusses ber Refursit L. Abegg "zu verpflichten, vor dem angerufenen schwyzerischen Richter "auf die gestellte Forderungstlage des Refurrenten einzuant. "worten und fammtliche in Sachen erlaufene Roften laut bei-"liegender Rostennote zu bezahlen."

Das Bundesgericht zieht in Erwägung:

- 1. Art. 59 Absat 1 der Bundesversassung statuirt keineswegs, wie Rekurrent anzunehmen scheint, einen Gerichtsstand für persönliche Klagen gegen nicht aufrechtstehende Schuldner, vielmehr liegt in der zitirten Versassungsbestimmung blos, daß der nicht aufrechtstehende Schuldner auf die dort ausgesprochene bundesrechtliche Gewährleistung des Gerichtsstandes des Wohnortes keinen Anspruch hat und daher überall da belangt wersden kann, wo nach der kantonalen Prozestgesetzgebung ein Gerichtsstand für persönliche Ansprachen gegen ihn begründet ist.
- 2. Bon einer Rechtsverweigerung könnte daher unter allen Umständen nur dann die Rede sein, wenn nach Mitgabe der schwyzerischen Brozefgesetzgebung ein Gerichtsstand für person-

liche Ansprachen gegen den Refursbeklagten im Kanton Schwyz zweifellos begründet wäre und die schwyzerischen Gerichte in offenbarer Verletzung der betreffenden gesetzlichen Bestimmungen die Anhandnahme der Klage des Refurrenten verweigert hätten.

3. Dies trifft aber feineswegs ju. Zwar wird allerdings aus \$ 7 litt. b bes schwyzerischen Schuldbetreibungsgesetzes vom 3. August 1865 gefolgert werden durfen, daß vermogensrechtliche Ansprachen an "fallite" Schuldner im Gerichtsstande bes Bermogens, beziehungsweise, wenn dem Schuldner ein Erbbetreffniß angefallen ift, im Gerichtsstande ber Erbschaft geltend gemacht werden fonnen. Allein, wenn nun im vorliegenden Falle bie schwnzerischen Gerichte angenommen haben, daß diese Gesetzesbestimmung fich nur auf folde Schuldner beziehe, gegen welche das Falliment durchgeführt worden sei und daß nicht feststehe, daß dies in Betreff des Refursbeflagten gutreffe, fo fann hierin eine Rechtsverweigerung feinenfalls gefunden werben; vielmehr beruht die diesbezügliche Entscheidung auf einer. ber Rognition bes Bundesgerichtes zweifellos entzogenen, Auslegung und Anwendung kantonalgesetlicher Bestimmungen. Denn die Frage, mas im Sinne bes cit. § 7 bes schwyzerischen Schuldbetreibungsgesetzes unter dem Ausbrucke "falliter" Schuldner zu verstehen set, und welche Beweismittel bemnach zum Beweise ber Durchführung des Fallimentes erforderlich und genügend seien, ist selbstverständlich lediglich nach ber kantonalen Gesetgebung und Gerichtspraxis und keineswegs nach Art. 59 Absat 1 ber Bundesverfassung und ber, in Feststellung bes bort aufgestellten Begriffes "aufrechtstehender Schuldner" erwachsenen bundesrechtlichen Braxis zu beurtheilen.

Demnach hat das Bundesgericht erkannt:

Der Refurs wird als unbegründet abgewiesen.